

SYNOPSIS

Dokumentation des Ergebnisses des Begutachtungsverfahrens

betreffend die beabsichtigte Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes, LGBl. 9000

1. Inhalt der beabsichtigten Änderung:

Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes

Artikel I

Das NÖ Landarbeiterkammergesetz, LGBl. 9000, wird wie folgt geändert:

Im § 24 Abs.4 wird der Betrag „S 3,--“ durch den Betrag „€ 0,22“ ersetzt.

Artikel II

Artikel I tritt am 1. Jänner 2002 in Kraft.

2. Allgemeiner Teil

Die beabsichtigte Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes, LGBl. 9000 wurde an nachstehende Stellen zur Begutachtung versendet:

1. das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Ballhausplatz 2, 1014 Wien
2. die Abteilung Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst
3. die Abteilung Finanzen

4. die Abteilung Gemeinden
5. die Abteilung Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik
6. die Beratungs-, Informations- und Beschwerdestelle beim Amt der NÖ Landesregierung
7. die NÖ Umweltschutzbehörde
8. die NÖ Agrarbezirksbehörde
9. die Arbeitsgemeinschaft der Bezirkshauptleute,
z. Hd. des Herrn Bezirkshauptmannes der Bezirkshauptmannschaft Tulln
10. den Bürgermeister der Stadt Krems,
3500 Krems
11. den Bürgermeister der Stadt Sankt Pölten, 3100 Sankt Pölten
12. den Bürgermeister der Stadt Waidhofen an der Ybbs, 3340 Waidhofen an der Ybbs
13. den Bürgermeister der Stadt Wiener Neustadt, 2700 Wiener Neustadt
14. die NÖ Landes-
Landwirtschaftskammer, Wiener Straße 64, 3100 St. Pölten
15. die Wirtschaftskammer NÖ,
Herrengasse 10, 1014 Wien
16. den österreichischen Gemeindebund,
vertreten durch den Verband NÖ Gemeindevertreter der ÖVP, Ferstlberggasse 4,
3109 St. Pölten
17. den österreichischen Gemeindebund,
vertreten durch den Verband Sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ,
Bahnhofplatz 12, Postfach 73, 3100 St. Pölten
18. den Verband der Freiheitlichen und
Unabhängigen Gemeindevertreter, Unterwagramerstraße 1, 3100 St. Pölten
19. das Bundesministerium für Land- und
Forstwirtschaft Umwelt und Wasserwirtschaft, Stubenring 1, 1012 Wien
20. das Bundesministerium für Finanzen,
Himmelpfortgasse 9, 1010 Wien
21. den österreichischen Städtebund –
Landesgruppe NÖ, Rathaus, 3100 St. Pölten

22. die Verbindungsstelle der
Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1014 Wien
23. die Volksanwaltschaft, Singerstraße
17, 1010 Wien.
24. die Kammer für Arbeiter und
Angestellte für Niederösterreich, Windmühlgasse 28, 1060 Wien
25. die Beratungsstellen aller
Bezirkshauptmannschaften

Zum übermittelten Gesetzesentwurf wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

Abteilung Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst:

Zum Gesetzesentwurf wird wie folgt Stellung genommen:

1. In der Änderungsanordnung ist der Euro-Betrag ohne Unterstreichung anzuführen, da dieser sonst im Landesgesetzblatt fett gedruckt würde. Dies würde jedoch dem System des NÖ Landarbeiterkammesgesetzes widersprechen, da dieses keinen Fettdruck enthält.
2. Dem Gesetzesentwurf ist ein Motivenbericht angeschlossen, nicht jedoch – wie dies vorzusehen ist – Erläuterungen entsprechend LAD1-VD-0972/50, Muster 2.
3. Weiters fehlt ein Hinweis auf die Rundung des Betrages gem. Art. 5 der EG-Verordnung Nr. 1103/97.

Den Einwänden der Abteilung Landesamtsdirektion-Verfassungsdienst wurde in Punkt 1 Rechnung getragen

Zu Punkt 3. wird festgehalten, dass analog zum NÖ Landwirtschaftskammergesetz auf Vorschlag der Abteilung Landesamtsdirektion – Verfassungsdienst auf Grund des Problems der Geringwertigkeit der Schillingbetrag lediglich umgerechnet wurde , da in diesem Fall keine Rundungsdifferenz bei der Rückumrechnung entsteht.

Somit sind die geforderten Ergänzungen hinsichtlich der Rundung entbehrlich .

Wirtschaftskammer Niederösterreich:

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich erhebt gegen den Entwurf einer Änderung des NÖ Landarbeiterkammergesetzes keine Einwände.

3. Besonderer Teil

Zur einzelnen Bestimmung der beabsichtigten Änderung des Landarbeiterkammergesetzes LGBl. 9000, wurde keine Stellungnahme abgegeben.